RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomie

MacroNews

06. Kalenderwoche

Griechenlands Regierung bekommt in Europa wenig Unterstützung

Bei einer Reihe von Staatsbesuchen haben Griechenlands Ministerpräsident Tsipras und Finanzminister Varoufakis um die Unterstützung der anderen Regierungschefs geworben.

Quelle: nytimes.com

Abbildung:Treffen von Schäuble und Varoufakis in Berlin.

Mit seiner Ankündigung, die Zusammenarbeit mit der Troika zu beenden, hatte Griechenlands Finanzminister Gyanis Varoufakis bei Europas Regierungschefs für Kopfschütteln gesorgt. Weitere Forderungen des neu gebildeten griechischen Kabinetts, wie etwa die Erhöhung der Renten, die Anhebung des Mindestlohns um 45% und die Beendigung der Privatisierungen verstärkten noch die Skepsis in Brüssel gegenüber der neugewählten Regierung. Um diese Bedenken zu zerstreuen und Verbündete im Kampf gegen die Sparauflagen von EU, EZB und IWF zu finden, brachen Finanzminister Varoufakis und Ministerpräsident Tsipras in der vergangenen Woche zu einer Reihe von Staatsbesuchen in die Hauptstädte Europas auf.

Demonstrativ verzichteten Finanzminister und Ministerpräsident zunächst auf ein Treffen mit ihren deutschen Amtskollegen und reisten stattdessen nach Rom und Paris. Trotz Meinungsverschiedenheiten sieht Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi einen möglichen Verbündeten in Tsipras. Nach dem Treffen der Regierungschefs am Montag betonte Renzi, dass man Griechenland "bei allen Meinungsverschiedenheiten im Detail" helfen müsse. Auch Tsipras hob hervor, dass beide Regierungschefs "die gleiche Sprache" sprächen. Italien habe kein Interesse, "den Schuldner zu erdrosseln".
Auch aus Paris erhofft sich Griechenland Unterstützung für die geplante Umschuldung. Der französischen Regierung gab Tsipras am Mittwoch mit auf den Weg, dass diese "die Rolle des Protagonisten bei [dem] Politikwechsel" in Europa spielen müsse. Schon vor der Wahl hatte Tsipras eine stärker am Wachstum orientierte Wirtschaftspolitik als Lösung für Europas wirtschaftliche Krise vorgeschlagen. Eine solche Politik fordert auch Frankreich, das wegen seiner zu hohen Neuverschuldung von mehr als 4% im vergangenen Jahr viel Kritik einstecken musste. Experten halten es jedoch trotz der genannten Gemeinsamkeiten für unwahrscheinlich, dass die anderen europäischen Länder Griechenland in Zukunft viele Zugeständnisse machen werden.

Wochenüberblick

Mo, 02.02.2015

Am Montag wurde bekannt, dass Chinas Industrie im Januar zum zweiten Mal in Folge geschrumpft ist. Der von der Bank HSBC für den Januar veröffentlichte Einkaufsmanagerindex verbesserte sich mit 49,7 Zählern nur marginal im Vergleich zum Dezember (49,6) und bleibt damit unter den ein Wachstum signalisierenden 50 Punkten. Der am Sonntag veröffentlichte amtliche Index der Regierung wies ebenfalls auf einen Rückgang der Industrieproduktion hin.
Negative Werte kamen am Montag auch aus der Schweiz, wo der Einkaufsmanagerindex auf 48,2 Punkte fiel. In Russland brach der Index sogar auf 47,6 Punkte ein.

Di, 03.02.2015

Der Autoabsatz hat sich hierzulande im Januar positiv entwickelt. So wurden über 200.000 neue Fahrzeuge im vergangenen Monat angemeldet, dies entspricht einem Plus von 2,6% binnen Jahresfrist. Ähnlich positiv entwickelte sich auch der Automarkt in anderen europäischen Ländern. In Spanien stiegen die Absatzzahlen im gleichen Zeitraum um 7,6%, in Frankreich immerhin um 0,5%.
Viele Experten sind jedoch der Auffassung, dass das Wachstum angesichts des niedrigen Ölpreises und der niedrigen Zinsen noch deutlich höher hätte ausfallen können. Peter Fuss von der Wirtschaftsprüfungsagentur EY macht vor allem die mit der Ukraine-Krise verbundene Unsicherheit dafür verantwortlich, dass der Automarkt nicht noch stärker gewachsen ist. Außerdem lassen sich die steigenden Absatzzahlen in Deutschland mit den hohen Rabatten der Hersteller erklären, die den Gewinn je Auftrag deutlich schmälern. Dennoch sieht Matthias Wissmann vom Verband der Automobilindustrie in den jüngsten Absatzzahlen einen Beleg dafür, "dass sich die Stabilisierung des PKW-Marktes auch zu Beginn des neuen Jahres fortsetzt".
Negative Daten kamen hingegen aus den USA, wo aufgrund des strengen Winters alle großen Autohersteller im Januar Absatzeinbußen hinnehmen mussten. Am stärksten war VW betroffen (-19%), gefolgt von General Motors (-12%) sowie Ford und Toyota (jeweils -7%).

Die Grenzen wurden Varoufakis bei seinem Treffen mit EZB-Chef Mario Draghi am Mittwoch und seinem späteren Gespräch mit Bundesfinanzminister Schäuble aufgezeigt. Draghi äußerte sich zwar zunächst nicht zu dem Gespräch, kurze Zeit später verschärfte die EZB jedoch Finanzierungsbedingungen für griechische Banken. Diese können sich nun nicht mehr bei der Zentralbank über griechische Staatsanleihen mit Liquidität versorgen. Experten halten diesen Schritt für überfällig, da die EZB die von allen großen Ratingagenturen auf Ramschniveau herabgestuften griechischen Staatsanleihen ohnehin nicht mehr als Sicherheiten hätte akzeptieren dürfen. Auch Bundesbankpräsident Weidmann hatte sich vor der Entscheidung der EZB dahingehend geäußert. Er sei der Auffassung, dass bei ELA (dem Programm zur Bewilligung von Notfallliquiditätshilfen) strengere Maßstäbe anlegelegt werden sollten. Beobachter interpretieren den Schritt der Zentralbank jedoch vor allem als Zeichen dafür, dass Griechenlands Finanzminister den EZB-Chef im Gespräch nicht mit einem schlüssigen Konzept für die Zukunft Griechenlands überzeugen konnte.
Die Verschärfung der Finanzierungsbedingungen führte umgehend dazu, dass die Rendite zehnjähriger griechischer Staatsanleihen auf über 11% stieg. Auch spanische und italienische Staatsanleihen gerieten unter Druck. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen fiel hingegen auf 0,331% und näherte sich damit wieder dem Tiefststand von 0,3% an.

Auch bei dem Gespräch mit Bundesfinanzminister Schäuble konnte keine Einigkeit erzielt werden. Vor dem Gespräch hatte Varoufakis in einem Zeitungsinterview noch Parallelen zwischen der Situation Deutschlands nach dem verlorenen ersten Weltkrieg und der aktuellen Lage Griechenlands gezogen. Deutschland seien damals ebenfalls Verträge von außen aufgezwungen worden.
"Die Deutschen wissen am besten, wie es den Griechen geht", betonte Varoufakis. Einen Schuldenschnitt lehnt Schäuble jedoch ab. "Wir stimmen darin überein, dass wir nicht übereinstimmen", sagte dieser nach dem Gespräch mit Varoufakis.
Ohne die Zustimmung des EZB-Chefs und der Bundesregierung halten Beobachter die Möglichkeiten der neuen griechischen Regierung für begrenzt. Auch der Vorschlag, die Laufzeiten der griechischen Schulden zu verlängern, traf auf wenig Unterstützung seitens der EZB. Derzeit scheint es, als befinde sich Griechenlands Regierung in einer Sackgasse.

Quelle: FAZ.net

Abbildung: Treffen von Tsipras und Renzi in Rom.

Mi, 04.02.2015
Der in der vergangenen Woche für den Euroraum veröffentlichte Ifo-Index legt eine positive Entwicklung der europäischen Wirtschaft nahe. So stieg der Index auf 112,7 Punkte und lag somit deutlich über dem langfristigen Durchschnittswert von 106,1 Zählern. In den meisten europäischen Ländern habe sich die wirtschaftliche Aussicht verbessert, so die Experten. Eine Ausnahme bilden u.a. die Länder Griechenland und Frankreich.

Do, 05.02.2015
Obwohl in den USA aufgrund der fallenden Ölpreise viele Öltürme stillgelegt wurden, befinden sich die dortigen Ölbestände auf einem Rekordniveau. Dies wirkt sich negativ auf den Ölpreis aus, der am Donnerstag weiter zurückging. Der Preis für das Öl der Sorte Brent fiel auf 53,07 Dollar je Barrel (-2%). Experten gehen davon aus, dass sich an den großen Vorräten in den USA auch in naher Zukunft nichts ändern wird.

Fr, 06.02.2015
In den USA sind die Löhne am Anfang des Jahres im Vergleich zum Dezember um 0,5% gestiegen. Dies stellt den stärksten Anstieg seit der Weltwirtschaftskrise dar. Gleichzeitig entstanden im Januar 257.000 Jobs, was deutlich über den Erwartungen liegt. Einzig die Arbeitslosenquote stieg leicht von 5,6% auf 5,7%, befindet sich damit jedoch nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Die von vielen erwartete Zinserhöhung durch die Federal Reserve (Fed) scheint angesichts der anhaltenden Boomphase nun immer näher zu rücken.

Fr, 06.02.2015
Der schwache Euro hat die dänische Notenbank in den vergangenen Wochen stark unter Druck gesetzt. Alleine im Januar intervenierte diese mit umgerechnet 13 Milliarden Euro, um die enge Kopplung der Krone an den Euro aufrecht zu erhalten. Dieser Kurs werde auch in Zukunft fortgesetzt, sagte Zentralbank-Chef Rhode am Freitag.